

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell.
Die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklametell.
Die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann
keine Gewähr übernommen
werden.

Geschäftsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich, mit Trägerlohn.
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld.

Schluß der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Seltung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Fernsprecher Nr. 9.
Verantwortl. Schriftföhrer:
Friedrich Hans Scheele.
Druck und Verlag
der A. Oeschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 100

Samstag, den 1. Mai 1926.

101. Jahrgang

Der Streit um die Fürstenabfindung.

Das Kompromiß als Regierungsvorlage.

Der Abfindungskompromißentwurf dem Reichsrat überweisen.
In Berlin, 1. Mai. Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung, die kurz vor 8 Uhr abends beendet war, beschlossen, eine Regierungsvorlage auf der Grundlage des im Rechtsauschuß des Reichstages liegen gebliebenen Kompromißentwurfes über die Fürstenabfindung dem Reichsrat zuzugehen zu lassen. Es ist in Aussicht genommen, daß der Reichsrat am Dienstag über diese Vorlage entscheidet.

Dieser Kabinettsbeschuß zeigt davon, daß es dem Kanzler doch noch gelungen ist, die Regierungsparteien hinter sich zu bringen. Er hat sich wahrscheinlich auch die Gewißheit verschafft, daß Preußen mitmacht, da er sonst befürchten müßte, daß er schon im Reichsrat, wo ja ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, mit seiner Vorlage scheitern würde. Die weitere Entwicklung der Lage hängt natürlich nun davon ab, mit welcher Beschleunigung die Vorlage ausgearbeitet und den parlamentarischen Instanzen überreicht wird.

wurde dagegen abgelehnt. Darauf wurde auch das Enteignungs-
gesetz dem Rechtsauschuß überwiesen. Abgelehnt wurde ferner
noch der völkische Antrag, den Volkssentscheid für unzulässig zu
erklären.

Die Dinge werden nun also so gehen, daß am kommenden
Dienstag der Rechtsauschuß mit dem ganzen Thema sich noch
einmal zu beschäffigen haben wird. Was er aber in 36 Sit-
zungen nicht leisten konnte, wird er in vierzig auch nicht errei-
chen. Die ganze Aussprache ist daher zwecklos. Es wird höch-
stens eine Woche Zeit kosten. Die Sozialdemokraten haben be-
reits erklärt, daß sie diese Hinauszögerungsversuche nicht mitzu-
machen gewillt sind, sondern auf eine beschleunigte Erledigung
im Ausschuß drängen werden, so daß also in einer Woche der
Reichstag unter der gleichen Konstellation an die zweite Ses-
sion herangehen würde.

Der Geschäftsplan des Reichstages.

Im Kabinettsrat des Reichstages wurde gestern beschlossen,
daß am nächsten Dienstag das Gemeindebestimmungsrecht und
die Alkoholfrage auf die Tagesordnung der Plenarsitzung gesetzt
werden sollen. Samstag und Montag bleiben von Plenarsitzungen
frei. Reichstagspräsident Loebe hat außerdem gestern dem
Kabinettsrat eine Reihe von Reformvorschlügen für Beratungen
im Plenum unterbreitet, die sich auf folgende Änderungen be-
ziehen: Verbot des Vorlesens von Reden, Verteilung der Red-
ner nicht mehr nach der bestimmten Reihenfolge der Parteien,
sondern entsprechend der Mitgliederzahl derselben, Verkürzung
der Redzeit bei kleineren Vorlagen, unterschiedliche Redezzeit für
große und kleine Fraktionen, sowie Zulassung von Einzelred-
nern außerhalb des Rahmens der Fraktionen. Diese Vorschläge
sollen bis zur nächsten Sitzung des Kabinettsrates in den Frak-
tionen geprüft werden.

Die Abänderungsanträge dem Rechtsauschuß überwiesen.

In Berlin, 1. Mai. Der Reichstag schloß gestern die erste
Lesung des Gesetzesentwurfes zur Enteignung der Fürstenvermögen.
Nach mehr als einstündiger Geschäftsordnungsdebatte wurde der
demokratische Antrag, der eine angemessene Abfindung der Für-
sten vorsieht, mit 200 gegen 143 Stimmen dem Rechtsauschuß
überwiesen. Dafür stimmten mit den Antragstellern die Sozial-
partei, die Wirtschaftliche Vereinigung, das Zentrum und
die Sozialdemokraten. Der Zentrumsantrag wurde darauf
ebenfalls dem Rechtsauschuß überwiesen. Die Ueberweisung des
völkischen Antrags wegen der Enteignung der Fürsten

Reichsregierung und Wirtschaft.

Dr. Reinhold über Wirtschafts- und Staatsfinanzen.

In Hamburg, 1. Mai. Der Reichsfinanzminister Dr. Rein-
hold sprach Freitag abend im Uebersee-Klub über „Wirtschafts-
und Staatsfinanzen“. Er führte u. a. aus, daß die jetzige Regie-
rung die Geschäfte in einem Zeitpunkt übernommen habe, als
die deutsche Wirtschaft auf das tiefste darniederlag. Die Krise sei
nicht nationaler Art, sondern bis zu einem gewissen Grade eine
europäische, ja sogar eine Weltkrise. In Deutschland kämen zu
diesen Schwierigkeiten noch die Lasten für die Reparationszah-
lungen. Die Wirtschaftskrise sei zum Teil durch die zu scharfen
Steuererhebungen verursacht worden, die jedoch zur Stabilisie-
rung der Währung der deutschen Wirtschaft hätten aufgelegt
werden müssen. Auch heute noch habe die Reichsregierung die
bringende Pflicht, alles zu tun, um eine neue Erschütterung der
Währung zu verhindern. Zur Aufwertungfrage führte der Red-
ner aus, daß die Frage nicht zum Gegenstand politischer Agita-
tion gemacht werden dürfe. Dr. Reinhold verwies sodann auf
die Aufhebung der Hemmungen im Devisenverkehr. Das Ziel sei
die Rückkehr zu normalen und vollkommen gesicherten Verhält-
nissen. Das Steuerbedürfnis müsse wieder in ein gesundes Ver-
hältnis zur Steuerkraft gebracht werden. Eine von der Reichs-
regierung ausgearbeitete Statistik werde demnächst dartin, wie-
viel in den letzten Jahren von Reich, Ländern und Gemeinden
aus der Wirtschaft herausgeholt worden sei. Dann wandte sich
der Redner scharf gegen die Anwendung von öffentlichen Gel-
dern für die Wirtschaft. Vor allen Dingen dürften keine Gelder
angewandt werden für Unternehmungen, die auf zweifelhafter
Grundlage ständen. Die Zustände drängten dahin, daß man mit
aller Energie prüfte, ob es nicht möglich sei, die Last der Wirt-
schaft einigermaßen zu erleichtern, und dazu sei es nötig, gewisse
Verwaltungsreformen durchzuführen.

zu lassen, um besonders den Mittelstand, der von dieser Steuer
besonders stark belastet werde, zu entlasten. Es müsse angestrebt
werden, daß die Geschäftsbilanz und die Steuerbilanz einseitlich
und identisch seien. Die praktischen Reformen dürften große Er-
parnisse herbeiführen. Es handelt sich weniger um einen Abbau
von Beamten als einen Abbau von Ausgaben. Der Reichs-
finanzminister begrüßte sodann den wieder erwachenden Sparsinn
des deutschen Volkes. Zum Arbeitslosenproblem führte er aus,
daß es mit dem besten Willen für die nächste Zeit nicht möglich
sein werde, für alle Arbeitslosen Arbeit zu schaffen. Wir müßten
aber bei allem sozialen Empfinden dahin streben, daß der Ar-
beitswille nicht leide. Aus der Arbeitslosenunterstützung müsse
eine Arbeitslosenversicherung werden.

Die Herabsetzung der hohen Zinssätze.

In Berlin, 1. Mai. Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des
Reichstages behandelte einen völkischen Antrag, der eine Not-
verordnung fordert, durch die die heutigen ungeheuren Zinssätze
im Geldverkehr auf ein der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage
entsprechendes, dem § 246 des Strafgesetzbuches anzulehnendes
Maß zurückgedrängt werden und eine darüber hinausgehende
Zinsnahme als Wucher bezw. Kettenhandel bestraft wird. Von
den Antragstellern war im Ausschuß niemand erschienen. Ein
Vertreter der Reichsbank wies darauf hin, daß die Regierung
durch ein Rundschreiben an die Spitzenverbände auf die Differenz
zwischen dem Reichsbank- und dem Privatbankensatz aufmerksam
gemacht und zur Abhilfe gedrängt habe. Leider vertrage gerade
die Kreditgewährung keine Schematisierung. Ein Vertreter des
Ernährungsministeriums teilte mit, die Schulden der Landwirt-
schaft betrügen etwa 2 Milliarden. Jede Herabsetzung des Zins-
satzes um 1 Prozent bedeute für die Landwirtschaft eine jähr-
liche Ersparnis von 20 Millionen. Der Ausschuß lehnte schließ-
lich den völkischen Antrag ab und nahm dafür eine deutschnatio-
nale Entschöpfung an, die die Reichsregierung ersucht, mit Un-
terstützung der Reichsbank und der Rentenbankkreditanstalt mit
allem Nachdruck auf eine wesentliche Ermäßigung der Zinsspanne
hinzuwirken, die die Vermittlungsinstitute für sich beanspruchen,
ferner für die Umwandlung der kurzfristigen Belastungen in
Realkredite durch weitgehende Heranziehung des offenen Geld-
marktes Sorge zu tragen.

Das französisch-amerikanische Schuldenabkommen unterzeichnet.

Newyork, 1. Mai. Das Abkommen über die Regelung der
französischen Schulden an Amerika ist unterzeichnet worden.
Der französische Finanzminister über das Schuldenabkommen.
Der Finanzminister teilte am Schluß des gestrigen Kabinetts-
rats mit, daß das französisch-amerikanische Schuldenabkommen
die endgültige Billigung der französischen Regierung gefunden
habe. Der Finanzminister fügte hinzu, daß, entgegen anders
lautenden Behauptungen, Frankreich nicht allein die Opfer, die

Tages-Spiegel.

Die Reichsregierung legt den bisherigen Kompromißentwurf
über die Fürstenabfindung als Regierungsvorlage dem
Reichsrat vor.

Der Reichstag hat gestern den Enteignungs-, den demokratischen
und den Zentrumsantrag auf Abfindung mit wechselnden
Mehrheiten dem Rechtsauschuß überwiesen.

Der Rechtsauschuß tritt am Dienstag vormittag zur Behand-
lung der Enteignungs- und Abfindungsvorlagen zusammen.

Das Auswärtige Amt hat am Freitag ein Telegramm aus Pa-
ris erhalten, in dem erklärt wird, daß in den nächsten Tagen
eine Gesamtdemarche der Locarno-Mächte über den deutsch-
russischen Vertrag in Berlin zu erwarten sei.

Die vorbereitende Kommission für die Weltwirtschaftskonferenz
wird erst im Oktober wieder zusammentreten.

Die französischen Truppen in Marokko haben unter Verletzung
des Waffenstillstandes den Vorrang wieder angetreten. Die
Aussichten der Friedensverhandlungen in Udja sind sehr
gering.

Prof. Dr. Kausenberger, der Konstrukteur des Ferngeschüßes,
das Paris im Kriege beschuß, ist in München im Alter von
58 Jahren gestorben.

das Abkommen fordere, auf sich nehmen. Die Einzelheiten des
Abkommens wurden gestern abend in einer umfangreichen Note
bekannt gegeben. Darin wird zunächst die Bedeutung des Ab-
kommens hervorgehoben und festgesetzt, daß damit den Mißver-
ständnissen und Differenzen, die in den letzten Jahren im Ver-
hältnis der Vereinigten Staaten zu Frankreich auftraten, end-
gültig ein Ende gemacht wird. Im übrigen enthält die Note
eine ausführliche Darstellung des Verlaufs der Verhandlungen.
Die gemeinsame Behandlung von wirtschaftlicher Schuld und
politischer Schuld wird als Erfolg der französischen Unterhän-
dler bezeichnet. Weiter wird auf die Stellungnahme hingewie-
sen, welche Frankreich in den Stand versetzt, in irgendeinem
Augenblick ohne irgendwelche Bedingungen für drei Jahre die
Zahlungen auszuführen. Bis 1930 muß Frankreich folgende Zah-
lungen leisten: Bis zum 15. Juni 1926 10 Millionen, von 1927
bis einschließlich 1929 je 20 Millionen. 1929 erhält Frankreich
aus dem Dawesplan 300 Millionen. Es wird daher von da ab
mit Leichtigkeit seine Verpflichtungen gegenüber Amerika erfül-
len können. Falls unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten,
so kann sich Frankreich erneut während des gesamten Verlaufs
der 62 Jahre auf die Stundungsklausel berufen, wobei von 1933
ab als bedeutungsvoller Vorteil hinzukommt, daß die Stundungs-
klausel auch für das Kapital gilt. Von 1940 ab kann Frankreich
die Zahlung von 80 Millionen und von 1981 ab die Zahlung
von 100 Millionen auf die Dauer von drei Jahren zurückstellen
lassen. Die Klausel kommt einem Moratorium gleich, das bis
zur vollständigen Erfüllung des Dawesplanes gültig ist.

Chamberlain über die außenpolitische Lage.

In London, 1. Mai. Sir Austen Chamberlain hielt in der
Albert Hall vor einer Tagung der konservativen Frauen eine
Rede, in der er auf die neueste weltpolitische Lage einging. Er
beglückte den Besuch durch den französischen Präsidenten Doumergue
und des Ministerpräsidenten Briand und betonte, daß diesem
Besuch keinerlei politische Bedeutung beigemessen werden dürfe.
Wir wissen unsere herzliche Freundschaft mit Frankreich und
unser tiefgehendes Vertrauen mit Italien sehr wohl zu schätzen,
sagte Chamberlain. Wir können und wollen aber auf alle Fälle
mit Deutschland, unserem Feinde von ehemals, zu völligem Frie-
den kommen. Es wäre töricht, einen alten Freund aufzugeben,
um dadurch einen neuen zu gewinnen. Aber unsere Freundschaft
dürfen keinesfalls exklusive sein. Zum deutsch-russischen Ver-
trag sagte Chamberlain, er sei noch immer der festen Ueber-
zeugung, daß er sich auf die Worte der deutschen Staatsmänner
verlassen könne.

Dr. Benesch über Völkerbund und Berliner Vertrag.

In Prag, 1. Mai. In der Freitagssitzung des Außen-
ausschusses des Senats berichtete Dr. Benesch über die ständigen
Katsche im Völkerbund. Er betonte in seinen Ausführungen,
daß es im Interesse der Kleinen Entente läge, die sechs nicht
ständigen Katsche beizubehalten. Bei der Lösung der Katsche-
frage werde auch der deutsch-russische Vertrag von Bedeutung
sein. Es sei begreiflich, daß die einzelnen Staaten ein gewisses
Misstrauen gegen den deutsch-russischen Vertrag hegten. Möglich
sei, daß durch den deutsch-russischen Vertrag ein engeres wirt-
schaftliches Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Rus-
land erfolge. Seine Ansicht sei jedoch, daß diese Zusammen-
arbeit kaum über das vorkriegszeitliche Zusammenarbeiten hin-
ausgehen werde.

Kleine politische Nachrichten.

Der Mecklenburgische Landtag aufgelöst. Der deutsch-nationale und volksparteiliche Antrag, die Wahlbureau des Landtages für beendet zu erklären, ist in der Landtagsitzung am Donnerstag nach Schluß der Debatte einstimmig angenommen worden. Die Neuwahlen sind auf den 13. Juni angesetzt. Die bereits in der Vorwoche zurückgetretene Regierung wird bis zum Zusammentritt des neuen Landtages die Geschäfte weiterführen.

Die angeblühte alliierte Demarche. Die Mitteilungen einiger Morgenblätter, daß das französische Außenministerium eine schriftliche Anfrage nach Berlin mit der Bitte um schriftliche Beantwortung gerichtet habe, bestätigt sich nicht. Vorläufig fand nur ein Gedankenaustausch über den deutsch-russischen Vertrag zwischen den alliierten Mächten statt, und erst wenn dieser beendet sein wird, soll ein von allen alliierten Kanzleien ausgehender Fragebogen nach Berlin gesandt werden. Man beabsichtigt in Paris, der Reichsregierung bestimmte Fragen vorzulegen, die sich auf die Auslegung des deutsch-russischen Vertrags beziehen.

Eine deutsche Demarche in Bukarest. Die Reichsregierung hat an die rumänische Regierung eine Note gerichtet, in der sie ihr lebhaftes Befremden über Äußerungen des Pariser rumänischen Gesandten Diamandi ausdrückt. Diamandi habe in einem Interview mit einem Vertreter des „Matin“ über den deutsch-russischen Vertrag erklärt, Deutschland zeige in Genf zwei Gesichter, das eine freundlich lächelnd und dem Abendlande zugewandt, das andere rachsüchtig und fordernd und Ostland zugewandt.

Rumänische Befürchtungen. Das rumänische Auswärtige Amt ist intensiv mit dem Studium des deutsch-russischen Vertrags beschäftigt. Ein Legationsrat von der Berliner rumänischen Gesandtschaft weilt in Bukarest und hat über die näheren Umstände des Vertrages Bericht erstattet. Der Außenminister befürchtet weittragende Folgen für die Oststaaten und eine Aenderung des Status quo.

Eine große Amnestie in Bulgarien. Der König unterzeichnete einen Oster-Erlaß der Regierung, der eine volle oder teilweise Amnestie von etwa 340 Personen verfügt, die wegen krimineller oder militärischer Vergehen verurteilt wurden.

Ein neuer Deutscher-Prozess in der Tschechoslowakei. Die tschechische Staatsanwaltschaft in Jglau eröffnet das Strafverfahren gegen die leitenden Mitglieder der Vereinigung Böhmerland, eines eingetragenen Vereins, vornehmlich im Dienste der deutschen Jugendbewegung, wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik.

Das tschechisch-amerikanische Schuldenabkommen. Nach einer Meldung aus Washington hat der Senat das Schuldenabkommen mit der Tschechoslowakei ratifiziert. Die gesamten Schulden der tschechoslowakischen Republik belaufen sich auf 185 Millionen Dollar.

Der türkische Ministerrat und die Mossulfrage. Nach einer Meldung aus Angora hat der türkische Ministerrat am Mittwoch ausführlich die Mossulfrage besprochen und den türkischen Außenminister beauftragt, eine Antwort auf die letzten Vorschläge der britischen Regierung auszuarbeiten.

Französisch-spanische Handelsvertragsverhandlungen. Der spanische Handelsminister Lunos, der sich zurzeit in Paris aufhält, hat dem „Matin“ erklärt, daß der Abschluß eines neuen französisch-spanischen Handelsabkommens bevorstehe. In etwa 14 Tagen würden Sachverständige in Paris oder in Madrid zusammentreten. Der französische Handelsminister werde auf Einladung Primo de Ribera nach Madrid reisen.

Persien fordert einen ständigen Ratssitz. In einer scharfen Note meldet Persien beim Sekretariat des Völkerbundes die Forderung eines ständigen Ratssitzes an, wenn Deutschland einen Ratssitz erhalten sollte, wogegen Persien nichts einzuwenden habe. Begründet wird die Forderung damit, daß Persien das einzige Land sei, das die Interessen der 400 Millionen Mohammedaner im Völkerbund wahrnehme.

Die Friedensverhandlungen in Marokko.

Hoffnungslose Verhandlungen in Dujda.

III Paris, 30. April. Nach den letzten Nachrichten aus Dujda sind die Verhandlungen als gescheitert anzusehen. Man erklärt am Quai d'Orsay, daß nach den neuesten Telegrammen zu schließen, der Festschlag heute offiziell mitgeteilt wird. Die Rißdelegierten haben in keinem Punkte nachgegeben und sich nicht einmal zu formalen Konzessionen entschlossen. Die Feindseligkeiten würden demnach am 1. Mai wieder aufgenommen. Dies wurde am Donnerstag den Rißdelegierten noch einmal bedeutet und hinzugefügt, daß nur eine endgültige und allgemein veröhnliche Antwort Frankreich und Spanien davon abhalten könne, den Krieg fortzusetzen. Die Rißdelegierten haben darauf die Frage gestellt, ob ihnen noch eine mehrtägige Frist bewilligt wird, damit sie ungestört in das Rißgebiet zurückkehren können. Auf beiden Seiten trifft man feierhafte Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Die Rißtruppen verschanzen sich in ihre Stellungen. Auf französischer Seite hat man reguläre Truppen soweit wie möglich in die von den Dissidenten besetzten Abschnitte vorgeschoben.

Aus aller Welt.

Schwere Zuchthausstrafen für eine Einbrecherbande.

In dreitägigen Verhandlungen hatte sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht eine fünfköpfige Diebesbande zu verantworten, die namentlich im Erzgebirge ihr schredenerregendes Unwesen trieb. Das Gericht erkannte auf schwere Zuchthausstrafen. Der Haupttäter, der Schloffer Pöller, wurde wegen schweren Rückfalldiebstahls in 22 Fällen, wegen Gefangenennemerei, Unterschlagung, verbotenen Waffensbesitzes usw. zu 8 Jahren

Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt; der Schloffer Breuer erhielt wegen schweren Rückfalldiebstahls in 14 Fällen 5 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; der Strumpfeinkäufer Sternkopf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 4 Jahre Ehrenrechtsverlust, die beiden übrigen wegen Hehlerei Angeklagten je ein Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Ein schwerer Unfall auf Großkraftwerk Rummelsburg.

Auf der Baustelle des Großkraftwerkes Rummelsburg ereignete sich ein schwerer Unfall dadurch, daß ein 40 000 Kg. schwerer Kran einstürzte und 4 Arbeiter mit in die Tiefe riß. 2 Arbeiter wurden getötet und 2 schwer verletzt. Das Unglück ereignet umso größeres Aufsehen, weil sich auf der Baustelle in der letzten Zeit wiederholt erhebliche Unfälle ereigneten. Die etwa 1000 Mann starke Belegschaft hat sofort nach dem Unfall die Arbeit auf der Baustelle niedergelegt und einen Protest an die Gesamtbauleitung und an die Polizei gerichtet, der eine sofortige Abstellung der an dem Baugelände bestehenden Mängel verlangt. Das Unglück soll nach den bisherigen Feststellungen darauf zurückzuführen sein, daß durch ein falsch verstandenes Kommando des tödlich verunglückten Richtmeisters die Laufschiene aufriß und der Kran mit sich in die Tiefe zog.

Stapelauflauf des Motorrotor-Schiffes „Barbara“.

In Bremen stieß auf der Weser das 3000 Tonnen große Motor-Rotor-Schiff „Barbara“ vom Stapel. Die Spitzen der Bremer Behörden, Vertreter des Senats, der Reichsminister, sowie zahlreiche Offiziere wohnten der Feier bei. Das Abgleiten des Schiffes ging ohne Zwischenfälle vonstatten. Die Taube hielt Kapitän zur See Lohmann, der den Wunsch aussprach, daß dieses interessante neue Schiff der deutschen Handelsmarine auf friedlichem Wege der deutschen Volkswirtschaft und damit der Seegerung Deutschlands zum Vorteil gereichen möge.

Schwere Explosion in einer Pulverfabrik.

In den staatlichen Pulverfabriken in Leoben (Oesterreich) ereignete sich eine schwere Explosion, durch die das Mißgeschick in die Luft flog. Zwei Arbeiter wurden getötet, deren verbliebenen Leichen man in einer Entfernung von 40 Metern von der Explosionsstätte fand.

Riesenunterschlagungen in Kischinew.

In der Kischinewer Nebenstelle des rumänischen Kriegsministeriums wurden Unterschlagungen in Höhe von 30 Millionen Ley aufgedeckt, in die zahlreiche Offiziere verwickelt sind. Der Hauptschuldige, ein Leutnant Enescu, wurde verhaftet.

Schweres Verkehrsunglück in Australien.

Aus Melbourne wird gemeldet: In der Nähe von Coromby stieß ein Eisenbahnzug mit einem Autobus zusammen, wobei 10 Personen getötet und 14 verletzt wurden.

Der Ruttischer-Prozess.

III Berlin, 30. April. Am neunten Verhandlungstage im Ruttischer-Prozess wurden zunächst die Schulden Ruttiskers bei der Staatsbank erörtert. Sämtliche Schulden Ruttiskers sollten zu einer Lombardschuld von 4,2 Millionen zusammengefaßt werden. In dem Bestätigungsschreiben Ruttiskers war ausgeführt, daß dieser Betrag von 4,2 Millionen zum Erwerb des Hanauer Lagers bestimmt sein soll, aus dem Ruttischer einen Mehrerlös von 10 Millionen erhoffte. An dem Mehrerlös sollte die Staatsbank mit 50% beteiligt sein. Als Sicherheit dafür sollte das Hanauer Lager dienen. Ruttischer gab weiter zu, für das Hanauer Lager etwas mehr als 2 Millionen aufgewendet zu haben. Die litauische Regierung habe einen Posten des Lagers zu Prellen abgenommen, die für das ganze Lager einen Wert von 10 Millionen ergeben hätten. Der Angeklagte Strieter erklärte, ein gewisser Bronsky habe einen Vertrag mit der Sowjetregierung abgeschlossen, wonach diese etwa drei Viertel der Lagerbestände für 8 Millionen habe kaufen wollen. Die Verhandlungen wurden dann durch eine Pause unterbrochen.

In den weiteren Verhandlungen beschloß das Gericht, einen Beamten der russischen Volkswirtschaft als Zeugen darüber zu vernehmen, daß mit der russischen Regierung tatsächlich von Holzmann ein Vertrag über den Verkauf des Hanauer Lagers für 5 Millionen abgeschlossen worden ist. Holzmann bestreitet übrigens, dafür eine Provision von 60 000 Mark bekommen zu haben.

Sodann wurde die Bernehmung über die Geschäfte mit dem Hanauer Lager fortgesetzt. Bei der Gegenüberstellung zwang Ruttiskers mit Holzmann kommt es zu erregten Szenen. Der Vorsitzende muß wiederholt eingreifen, um die Streitenden zu beschwichtigen. Darauf kommt das Angebot der rumänischen Regierung auf Anlauf des Hanauer Lagers für 9,8 Millionen zur Sprache. Der Vorsitzende stellte fest, daß es sich bei dem Verkauf des Lagers an die rumänische Regierung von vornherein um einen Scheinvertrag handelte, und daß Ruttischer sich von Dr. Rütze von der Staatsbank 60 000 Mark als Schweigegehalt geben ließ. Ruttischer hat weiter an den rumänischen Mitachee einen Brief geschrieben, in dem er bestätigt, daß der Vertrag gar nicht ernst gemeint sei. Auch in der Steinbank war es offenes Geheimnis, daß der rumänische Vertrag offener Schwindel war, um die Staatsbank zu täuschen. Ruttischer schiebt heute wieder die ganze Schuld auf Holzmann. Der Angeklagte Holzmann bezeichnet die Darstellung zwang Ruttiskers über den rumänischen Vertrag wegen des Hanauer Lagers als unrichtig. Holzmann erklärte auf weitere Fragen, er sei dabei gewesen, wie Ruttischer das Bestechungsgeld den Rumänen gegeben habe. Bei dieser Erklärung erhob sich Ruttischer wütend, schlug mit der Faust auf den Tisch und sagte: Sie sind ein Vögner, ein Verbrecher, der schon Hunderte auf den Kirchhof gebracht hat. Metze Geduld ist zu Ende! — Nach diesem Wutausbruch erlitt der Angeklagte Ruttischer einen Schwächeanfall.

Württ. Landtag.

Der Finanzausschuß des Landtages setzte seine Beratungen bei Kap. 50, Landw. Fachschulen und landwirtschaftliches Fortbildungswesen fort. Die Schaffung von neuen landwirtschaftlichen Schulen wird von verschiedenen Seiten begründet. Rodner aller Fraktionen verlangen eine Uebersicht über die Zahl der Schüler. Die neuen Schulen werden in Nagold, Heidenheim, Nürtingen und Beulrich errichtet. Oberreg.-Rat Schanz bestätigt die Notwendigkeit der Regelung der Kostenaufbringung. Ein Zentrums-

redner tritt für die Errichtung einer Landwirtschaftsschule in Lettnang ein und wünscht Vormerkung für 1927. Oberreg.-Rat Schanz sagt eine wohlwollende Behandlung der Lettnanger Wünsche zu. Sodann wurde ein Antrag Dr. Schermann (Z.), eine einheitliche Ordnung der Kostenaufbringung für den sachlichen Aufwand an den Landwirtschaftsschulen in Erwägung zu ziehen, mit 9 Ja gegen 5 Enthaltungen angenommen. Bei Kap. 52 Höhere Bauerschule wird die Behandlung der Ausbildung der Vermessungstechniker bis zum Etat des Finanzministeriums zurückgestellt. Kap. 52 und 53 Höhere Maschinenbauerschule in Eßlingen werden genehmigt. Bei Kap. 54 Gewerbe- und Handelsschulen; sowie Frauenarbeitschulen bespricht der Berichterstatter Wiber den günstigen Stand der Fachschule. Ein soz. Redner begründet einen Antrag Heymann, das Staatsministerium zu ersuchen, auf den Ausbau und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der gewerblichen Fachschulen hinzuwirken. Sodann wird die Ausbildung der Generellehrer besprochen. Die Herannahende der Akademiker solle nicht überspannt werden. Ein Redner des Zentrums begründet einen Antrag Rütze-Schermann-Bod (Z.) auf Einführung des Religionsunterrichts in den Gewerbe- und Handelsschulen und Frauenarbeitschulen. Min.-Rat Dr. Köppler bespricht die Verwendung der verschiedenen Lehrerkategorien. Präf. von Zehle verbreitert sich über die Lehrerausbildung. Der Antrag des Zentrums wird vorerst zurückgestellt. Der Antrag Heymann wird angenommen. Zu 54a Hauswirtschaftliches Seminar in Tübingen gibt Frau Oberregierungsrätin Dr. Bollmer über Zahl der Schülerinnen und die Art des Unterrichts Auskunft. Sodann wird in die Beratung der Kap. 55 und 56 Höhere Schulen eingetreten. Der Berichterstatter Dr. Weizwäinger bespricht Eingaben und Einstufungsfragen. Unter den neu zugestandenen unständigen Stellen sollten einige für Religionslehrer sein. Staatspräf. und Kult.-Min. Bazille bespricht die Eingabe der Philologen betr. Zahl der unständigen Stellen und macht Ausführungen über die Beratungen mit der Universität, ferner über die Schulreform. Ein Vertreter des Zentrums verbreitert sich über die Art der Besprechung des Kultministeriums mit den Vertretern der Universität über die Schulreform. Vor allem kritisiert er die Ueberlastung von Lehrern und Schülern, u. a. durch die Infolge der Kurzstunden angewachsene Zahl von aufeinanderfolgenden Vorlesungen über die verschiedenen Unterrichtsfächer. Er fragt nach den Verhältnissen des Musikstudiums und wünscht die Anerkennung der Bedeutung des pädagogischen Seminars.

Der Finanzausschuß des Landtages setzte seine Beratungen zum Kulturretat bei Kapitel 48 Universität fort. Vom Berichterstatter werden bauliche Wünsche vorgebracht und einige außerordentliche Professuren für protestantische Theologie und für das missionswissenschaftliche Institut gefordert. Das Tropen-Gesundheitsheim wünscht einen Beitrag. Für die Errichtung des Sportplatzes sind Mittel in den Etat eingestellt. Ein sozialdemokratischer Redner fragt nach der Errichtung eines Seminars für Genossenschaftswesen und begründet den Antrag auf Errichtung eines Lehrstuhls für Arbeitsrecht. Ein Zentrumsredner fragt nach den Verhältnissen der Pädagogik, vor allem für die katholischen Lehrerbildenden. Er wünscht Pflege der Mundart- und Volkskunde und des Studiums des Auslandsbeschiums. Ein demokratischer Redner empfiehlt die Erhaltung der universitären Literatur für Tübingen als der einzigen Landesuniversität. Die Tübinger Studentenhilfe findet hinsichtlich ihrer Führung und Organisation von allen Fraktionen Billigung und von Zentrumsseite wird nach einer etwaigen Reform der Universitätsverfassung, der Gehaltshöhe, des Krankentassenwesens und nach der etwaigen Errichtung eines allgemeinen Studentenhauses gefragt. Ein kommunistischer Redner Krankentassenwesens und nach der etwaigen Errichtung eines Lehrstuhls für slavische Sprachen und kann dann auf die Verlegung des kommunistischen Studenten Berner Klemp auf Anlaß der bekannten Tübinger Vorkommnisse zu sprechen. Der Staatspräsident Bazille erklärt, daß der Chirurg, Professor Perthes mit allen möglichen Mitteln für Tübingen erhalten werden soll. Die kommunistische große Anfrage soll im Landtag beantwortet werden. Min.-Rat Bauer erörtert die baulichen Wünsche und Projekte. Die Frage des Studentenhauses in Form der Zusammenlegung der drei Betriebe sei noch nicht spruchreif. Für eine Professur für Arbeitsrecht sei zurzeit kein weiteres Bedürfnis. Ein demokratischer Redner empfiehlt die Modernisierung der medizinischen und chirurgischen Kliniken und die Erwerbung der Rosenbergschen Steinwerke. Angenommen wurde sodann ein Antrag des Berichterstatters Dr. Weizwäinger, das Staatsministerium zu ersuchen, ob nicht auch für das Rechnungsjahr 1926 dem deutschen Institut für ärztliche Mission in Tübingen eine entsprechende Unterstützung aus dem allgemeinen Verfügungsbetrag bewilligt werden könne. Ebenso angenommen wurde ein Antrag Heymann (Soz.) auf Eröffnung über die Errichtung eines Lehrstuhls für Arbeitsrecht. Zu Kap. 49 Landw. Hochschule trägt ein soz. Redner nach den Erfahrungen mit Latrinentrodenanlagen. Das Kapitel wird genehmigt. Dann wird zu Kapitel 51 Technische Hochschule übergegangen. Der Berichterstatter Dr. Wiber verwies auf die Beschlüsse vom vorigen Jahr und bemängelte deren Durchführung in manchen Fällen. Er wendet sich gegen die Pläne der Verlegung des Apothekerstudiums nach Tübingen. Die Förderung des Luftfahrtwesens sollte energischer betrieben werden. Ueber den neuen botanischen Garten erfolgt ein durchaus abschließendes Urteil. Der Gebäudekomplex der Technischen Hochschule ist durch sein Weitauseinanderlegen der Institute ungeeignet. Die Frage eines Studentenhauses wird erwähnt. Staatspräsident Bazille erklärt die Wünsche aus finanziellen Gründen für nicht erfüllbar. Der einzige freie Platz im Zentrum der Stadt wurde zu Zwecken der Technischen Hochschule freigehalten. Angenommen wurde sodann ein Antrag Dr. Wiber (D. P.), in Kapitel 51 einzustellen: Als einmaligen Beitrag zur endgültigen Fertigstellung des Botanischen Gartens der Technischen Hochschule 5000 Mark, 2. im Kap. 51 Anl. 1c 11. Die persönlichen Ausgaben von 18 890 Mark im Etat 1927 um 2000 M. zu erhöhen. Kap. 63 Landesbibliothek wird angenommen.



F.V. Böblingen I.

F.V. Calw I.

VORSPIEL: Oeschelbronn II. - Calw II.



Zum Eindecken für den Winterbedarf empfehlen



sämtliche Sorten

Anthrazit-Rohlen

Koks, Briketts

zu herabgesetzten Sommerpreisen

Wilh. Dingler, Friedr. Bauer

Albert Staud, Gottl. Eitel.

Fernsprecher 206.

Auto-Zentrale Calw

Kirchherr & Wurster

Vertretung von Automobilen und Motorrädern = Reparaturwerkstätte An- und Verkauf von gebrauchten Wagen.

Fernsprecher 206.

Linoleum

und

Triolin

für Boden-, Wand- und Tischbelag Teppiche // Läufer // Vorlagen

Vertretung d. größten Werke dieser Erzeugnisse

Emil G. Widmaier
Bahnhofstraße

Strümpfe

aller Art zum Ausstricken sowie alle Strickarbeiten zur pünktlichen Ausführung werden angenommen bei **Geschwister Stanger** Obere Marktstr. 23.



Alle Musik-Instrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Zubehör, Saiten usw. in reichster Auswahl empfiehlt **Musikhaus Curth**, Pforzheim, Leopoldstr. 17 Arkad. Kleider- und Rohrbüchse Großhandlg. Einzelverkauf Ausführung all. Reparaturen und Stimmen. Ankauf alter Geigen u. Cell.

Fahrräder Nähmaschinen Strickmaschinen

sowie alle Ersatzteile und Reparaturen.

Chr. Widmaier, mech. Werkstätte Bischofstraße 458.

Birka 6 ar

Bauplatz

Höhenl. an fertiger Straße zu verkaufen. Gest. Angebote unter 3. 300 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Metallbetten

Stahlmattenz Kinderbetten günstig an Priv. Katal. 2523 frei, Eisenmöbelfabr. Suhl (Thür.)

Obacht Hausfrauen!

Alle Möbel werden wie neu durch **Wunder schön**

Wunder schön
E. Otto Singen, Fr. Lamparter, G. Dietzsch

Unsere neuzeitlichen technischen Einrichtungen unser reichhaltiges Schriftenmaterial ermöglichen es uns

Druckarbeiten

wie:

Postkarten, Rundschreiben Rechnungen u. Briefbogen

in einwandfreier, zeitgemäßer Ausstattung herzustellen

A. Delschläger'sche Buchdruckerei

Fernsprecher 9 Calw Lederstraße 151

Eine einfache Sache - man muß sie nur kennen.



Was ist weiches Wasser?

Waschen Sie, verehrte Hausfrau, einmal Hände und Gesicht mit **Regenwasser**; u nehmen Sie zum Vergleich Wasser aus der Leitung

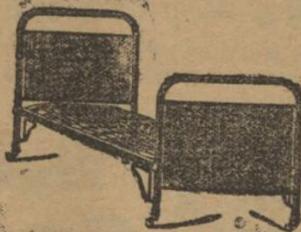
Bei Regenwasser ein weiches wohlige Gefühl auf der Haut und kräftige Schaumbildung bei sparsamstem Seifenverbrauch!

Bei Leitungswasser weniger Schaum trotz guter Seife und Mehrverbrauch!

Also:

das weiche Regenwasser braucht weniger, das harte Leitungswasser aber mehr Seife oder Waschmittel! Bedenken Sie, was das bei Ihrer Wäsche ausmacht!

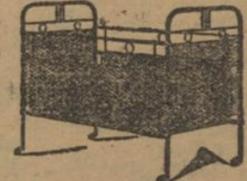
Lösen Sie auf jeden Eimer Wasser den Sie zur Wäsche gebrauchen vorher eine Handvoll **Henko** hentes Wasch-Bleich-Soda auf: Dann haben Sie das schönste weiche Wasser Sie waschen sparsam, Sie waschen angenehm und kennen keine Kalkflecke



Bettstellen

für Erwachsene und Kinder

empfehlen **Carl Herzog, Eisenhandlung, Lederstraße.**



Empfehle mich in Ausführung sämtlicher

Malerarbeiten

(Bau-, Möbel- und Schildermalerarbeiten) Verkauf von Farben, Lacke, Oele für alle Zwecke

Bodenwachs, Bodenöl, Büffelbeize Fußboden-Lacke, Pinse, Bronzen beste, zu den billigsten Preisen

Chem. Reinigungsmittel „Raco“ für alle Stoffarten, Filze, Seide usw. ohne zu waschen.

Unübertroffen! Alles wird wie neu!

Fernspr. 229 **Gotthilf Bayer** Fernspr. 229 **Malermeister** beim städtischen Waghäusle.

Deutschland-Fahrräder

beste Qualitätsmarke direkt ab Fabrik **Nähmaschinen, Uhren, Waffen Fahrrad-Fabrik August Stukenbrok, Einbeck 10** Größtes Fahrradhaus Deutschlands Sportartikel aller Art, Preisliste kostenlos!

Geschäfts-Empfehlung.

Meiner werten Kundschaft erlaube ich mir mitzuteilen, daß ich mein Geschäft in

Nähmaschinen und Fahr-Räder

in meinem früheren Geschäftshaus wieder aufgenommen habe und halte großes Lager in **Herren- und Damen-Räder**

verschiedener Marken und Preislagen. Teilzahlung gestattet. **Sämtliche Ersatzteile.**

Neuzeitlich eingerichtete Reparatur-Werkstätte. **Benzin- und Delkation.**

Chr. Maier, Fahrräder, Neubulach Fernsprecher Bad Teinach 6.

Wird bad. staatlich konzess.

Chauffeurschule

Lehrer: Otto, Wenzel u. a. bildet junge Leute jeden Standes zu tücht. Chauffeuren aus.

Wasserglas

wasserhell und geruchlos zu haben bei **A. Hauber.**

Ämtliche Bekanntmachung.

Zusammenfassung der Amtsversammlung in den Jahren 1926, 1927 und 1928 und Neuwahl ihrer Mitglieder.

Die Wahlzeit der Mitglieder der Amtsversammlung ist am 31. Dezember 1925 abgelaufen. Das Oberamt hat daher gemäß § 55 der V. V. z. Bez. D die Zahl der von den einzelnen Gemeinden in den 3 Kalenderjahren 1926, 1927 und 1928 zu entsendenden Vertreter folgendermaßen neu festgestellt:

Gemeinde	Zahl der Abgeordneten-Sitze	Demnach Stimmen-Zahl für 3 Amtsversammlungen	Vorschlag über die Reihenfolge der Stimmberechtigung	1926	1927	1928
1. Calw	12,39	36	12	12	12	
2. Algenbach	0,21	1	—	—	1	
3. Althalden	0,23	1	—	1	—	
4. Altbuch	0,23	1	—	1	—	
5. Altburg	0,57	1	1	—	—	
6. Althengstett	0,81	2	1	—	1	
7. Algenberg	0,26	1	—	1	—	
8. Bergorte	0,40	1	1	—	—	
9. Breitenberg	0,28	1	1	—	—	
10. Dachtel	0,28	1	—	1	—	
11. Deckenpfronn	0,55	1	—	1	—	
12. Emberg	0,10	0	—	—	—	
13. Gchingen	0,87	2	1	—	1	
14. Hirsau	1,22	3	1	1	1	
15. Holzbronn	0,27	1	—	1	—	
16. Hornberg	0,17	1	—	—	1	
17. Liebenzell	0,19	1	—	—	1	
18. Liebenzell	1,36	4	1	2	1	
19. Martinsmoos	0,21	1	—	—	1	
20. Monakam	0,19	1	—	—	1	
21. Mühlungen	0,39	1	1	—	—	
22. Neubulach	0,23	1	—	1	—	
23. Neuhengstett	0,19	1	—	—	1	
24. Neuweiler	0,37	1	1	—	—	
25. Oberhaugstett	0,20	1	—	—	1	
26. Oberkollbach	0,19	1	—	—	1	
27. Oberkollmangen	0,35	1	—	1	—	
28. Oberreichenbach	0,28	1	—	—	1	
29. Ostelsheim	0,54	1	1	—	—	
30. Ottenbronn	0,22	1	—	1	—	
31. Rätenbach	0,15	0	—	—	—	
32. Schmiech	0,14	0	—	—	—	
33. Simmohheim	0,60	2	1	—	1	
34. Sonnenhardt	0,58	1	1	—	—	
35. Stammheim	2,29	7	2	2	3	
36. Teinach	0,48	1	1	—	—	
37. Unterhaugstett	0,22	1	—	1	—	
38. Unterreichenbach	1,34	4	1	1	2	
39. Würgsbach	0,49	1	1	—	—	
40. Zavelstein	0,12	1	1	—	—	
41. Zwerenberg	0,23	1	—	1	—	

Die Schultheißenämter der Gemeinden, auf die nun der Bruchteil eines Abgeordneten entfällt, werden beauftragt, den Gemeinderat darüber zu hören, ob er mit dem vom Oberamt gemachten Vorschlag über die Reihenfolge der Stimmberechtigung einverstanden ist. (Vgl. § 55 Abs. 2 der V. V. z. Bez. D.)

Einem Bericht über die Stellungnahme des Gemeinderats wird bis 10. Mai ds. Js. entgegengesetzt.

An die Gemeinderäte aller Gemeinden des Bezirkes ergeht die Aufforderung, die Wahl ihrer Vertreter und Stellvertreter, soweit noch nicht geschehen, alsbald vorzunehmen und das Wahlprotokoll nach Ablauf der einwöchigen Einspruchsfrist, spätestens jedoch bis 25. Mai ds. Js. dem Oberamt vorzulegen.

Calw, den 28. April 1926.
W. Oberamt: Rippmann.

Gesucht werden:

- a) männliche Personen:
 - 2 junge Knechte
 - 1 Langholzfuhmann
 - 1 tüchtiger Friseur
- b) weibliche Personen:
 - Mägde für Landwirtschaft
 - 1 Küchenmädchen
 - 1 Kaufmädchen für 1/2 Tag
- c) Lehrlinge
 - mit Kost und Wohnung:
 - 1 Küferlehrling
 - ohne Kost u. Wohnung:
 - 1 Feilenhauerlehrling
 - 2 Goldschmiedelehrlinge
 - 2 Metallschleiferlehrlinge
 - 2 Silberschmiedelehrlinge
 - 3 Fasserlehrlinge
 - 1 Schreinerlehrling
 - 1 Schneiderlehrling
 - 2 Stutsmacherlehrlinge.

Näheres

Arbeitsamt Calw
Tel. 174 (öffentl. Arbeitsnachweis) Bahnhofstr. 62b.
— Berufsberatungsfelle —

SAUGLING

Der leichte, handliche gründlich reinigende **STAUBSAUGER** Anjede Lichtleitung anzuschließen. Stromverbrauch höchstens halb so groß wie der eines Plättseins.



A. BORSIG G.M.B.H. BERLIN-TEGEL

Maul- und Klauenfische in Gchingen und Calw.

Die Maul- und Klauenfische in der Stadtgemeinde Calw und in der Gemeinde Gchingen im hiesigen Oberamtsbezirk ist erloschen. Die am 3. und 7. April 1926 für diese Seuchenfälle getroffenen seuchenpolizeilichen Maßregeln werden daher mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Stadtgemeinde Calw und die Gemeinde Gchingen fallen zurzeit noch in den 15-Km.-Umkreis der verseuchten Gemeinde Ostelsheim.
Calw, den 30. April 1926.
W. Oberamt: Nagel, Amtmann.

Gemeinde Holzbronn.

Jagdberpachtung
Am nächsten Donnerstag, den 6. Mai, vormittags 9 Uhr, kommt auf dem Rathaus hier die Gemeindegagd, umfassend 461 Hektar, auf 3 Jahre im öffentlichen Aufsteig zur Berpachtung.
Schultheiß Rothfuß.

Aufforderung.

Der Landwirt Michael Kappler wurde durch Beschluß des Amtsgerichts Neuenbürg vom 16. April ds. Js. entmündigt. Als Vormund ist Friedrich Kappler der Jüngere bestellt. Derselbe fordert diejenigen auf, welche an Michael Kappler eine berechtigte Forderung haben, dieselbe bis spätestens 18. Mai 1926 beim Vormund einzureichen. Nachher eingehende Forderungen werden nicht mehr berücksichtigt.
Der Vormund: Fr. Kappler jr.
Unterlengenhardt, 30. April 1926.
Zur Beurkundung:
Schultheißenamt Kugele.

Im Mai, im schönen Maien Hab ich viel noch im Sinn.
Ausreichende Mittel sind die Grundlage jeder Unternehmung. Diese Mittel schafft man durch Sparen, mit dem frühzeitig begonnen werden sollte. Deshalb, jedem Kinde eine Heimparkasse!
(Unentgeltlich leihweise zu haben.)

Württ. Landessparkasse
gegründet 1818
Öffentliche Ersparnis- und Kreditanstalt mit Girokasse, Bank- und Börsenabteilung
Kanzleistr. 25 Stuttgart b. Stadtgarten
650 Zweigstellen im Lande

Pferde = Verkauf.

Wir sind nächsten Montag, den 3. Mai, mit einem großen Transport **Rheinländer- und Bayer-Pferde** im Gasthaus zur „Sonne“ in Herrenberg und laden Kauf- und Tauschliebhaber freundlich ein
Gebr. Löwenthal, Buttenhausen



BAD LIEBENZELL

SONNTAG, DEN 2. MAI 1926
NACHMITTAGS 4—6 UHR

KONZERT

DER STADTKAPELLE CALW
IN DEN KUR-ANLAGEN (KURSAAL)



Herren-Räder von M. 65.— ab
Damen-Räder
Rad-Mäntel
Rad-Schläuche von 90 Pfg ab
u. beste Fabrikate empfiehlt
Carl Strauß Althengstett.

Tapeten
in großer Auswahl / neueste Muster stets auf Lager bei
Adolf Junginger
Tapeziergeschäft
Obere Marktstr. 31

Fahrräder
von M. 69.— an
mit 3 Jahren Garantie
Direkt ab Fabrik an Jedermann
Fahrradteile, Werkzeuge, Sprech- und Nähmaschinen
Bequeme Teilzahlung
Katalog und Preisliste auf Wunsch gratis!
Rud. Bohle & Co.
Kom.-Ges.
Bergneustadt (Rhd.)
Eigene moderne eingerichtete Fahrradfabrik
Selbständige solide Mechaniker mit guten Beziehungen zur Landkundschaft als Vertreter gesucht.

Einige zum erstenmal trüchtige
Mutter-Schweine
hat zu verkaufen
Wilhelm Guhl
Gärtringen.

Ein Zuchtkalbin unter zwei die Wahl, 37 und 28 Wochen trägt, sowie ein 1/2-jährig.
Einsteller ind
setzt dem Verkauf aus
Bühler, Hof Haselstall
Post Deckenpfronn.

Turnverein Calw.
Sammlung zur Gau-Wanderung
morgen Sonntag früh 6 1/2 Uhr, beim Bahnhofs. An sämtliche Mitglieder ergeht sebl. Einladung. Der Turnrat.

Hotel „Waldhorn“ Calw.
Ab heute für kurze Zeit:
St. Thomasbock
aus dem
Thomasbräu München.

Sportpl. Altburg.
Germania-Union
Pforzheim —
Altburg I.
Beginn 3 Uhr auf dem Altburger Platz.

Weinstube Cafe Adam
— Hirsau —
Sonntag von 4—7 und 8—10 Uhr
Jazzband-Konzert
Neueste Schlager — Reichh. Programm
Stimmungs-Kapelle
Kein Eintritt — Kein Preiszuschlag

Auto-Vermietung
für Vergnügungs- und Geschäfts-Touren
Morof, z. Rappen Fernspr. Nr. 64.

Stammheim.
Empfehle für den Winterbedarf
jämtlich. Sorten Kohlen
sowie **Union-Briketts**
Bestellungen wollen baldigst gemacht werden.
Friedrich Rober
Kohlenhandlung.